Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 54 (1975)
Heft: 9

Artikel: Was will die junge "Linke" eigentlich?
Autor: Heeb, Fritz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339040

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Profil

Dr. Fritz Heeb

Was will die junge «Linke» eigentlich?

In einigen Sektionen der Sozialdemokratischen Partei der Stadt und der Agglomeration Zürich hat eine Gruppe junger Genossen – meist Hochschulabsolventen, Planer, Architekten, Lehrer, Soziologen, Juristen usw. – die Führung übernommen. Sie verstehen sich als «Linke» und etikettieren alle jene Parteimitglieder, die sie nicht als rein genug erachten, um ihrer Elite anzugehören, als «Rechte». Wie allen Fanatikern der Reinheit eignet ihnen eine gehörige Dosis Intoleranz.

Bemerkenswert für diese junge «Linke» in der SP ist die Tatsache, dass sie bis heute vermieden hat, ihre grundsätzlichen politischen Anschauungen, die Leitlinien und Perspektiven der postulierten «linken» Politik der Sozialdemokratie darzulegen. Zwar aktiviert sich die junge «Linke» in zahlreichen Einzelfragen der kommunalen und kantonalen Tagespolitik. Sie bekämpfte leidenschaftlich das Zürcher U-Bahn-Projekt, das Expressstrassen-Ypsilon, sie verteidigt Bäume und Wohnhäuser usw. Solch rastlose Tätigkeit ist gewiss anerkennenswert. Die Frage drängt sich indessen auf, auf welchen sozialistisch-ideologischen Grundlagen die Stellungnahmen zu solchen und ähnlichen Tagesfragen beruhen, wenn von eben dieser «Linken» jene Sozialdemokraten als «Rechte» diffamiert werden, die in einzelnen solcher Fragen, so zum Beispiel hinsichtlich des Standorts eines kantonalen Staatsarchivs, anderer Meinung sind.

Welches Kriterium scheidet nach der Meinung der «Linken» die «Rechte» von der «Linken»? Die Prinzipien einer nach ihrer Vorstellung linken sozialistischen Politik sind von der «Linken» in der SP bis jetzt nicht aufgedeckt worden. Das ist bedauerlich. Ein fruchtbarer Meinungsstreit wäre zur Klärung und zur gegenseitigen Verständigung notwendig.

Die Sozialdemokratie ist keine Kaderpartei mit einer fest umrissenen Doktrin. Sie lehnt die leninistische Lehre, wonach der Arbeiterklasse, den «Massen», das revolutionäre Bewusstsein von aussen beizubringen und dem Volk das Glück (das heisst den Sozialismus) notwendigenfalls aufzuzwingen ist, ab. Die Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie steht allen offen, die das Programm der Partei anerkennen. Das verhindert nicht den Streit um politische Tagesfragen, um die Etappen der sozialdemokratischen Politik, um Weg und Methoden der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft und deren Prinzipien. Die SP erstrebt die Erfassung

breitester Schichten des Volkes. Die Meinungsbildung geschieht in demokratischer Auseinandersetzung und gegenseitiger Toleranz. Die Entscheidungen fällt die Mehrheit. Diese Grundsätze stehen jeder elitären Allüre, die nicht selten auf seiten der jungen «Linken» zu beobachten ist, entgegen.

Die Sozialdemokratie – so erklärt es ihr Programm – erstrebt den demokratischen Sozialismus, im Sinne des Wortes Rosa Luxemburgs: Kein Sozialismus ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Sozialismus. Die Meinung, die Verstaatlichung der Produktionsmittel sei der entscheidende Schritt zur sozialistischen Gesellschaft, hat sich als tragischer Irrtum erwiesen. In der Sowjetunion und deren Satelliten ist zwar das private Eigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben worden, nicht aber in die Verfügung freier und gleichgestellter Produzenten, sondern in die Gewalt einer kleinen privilegierten Parteibürokratie übergegangen, die das ganze gesellschaftliche Leben ohne jede Teilnahme des Volkes beherrscht. Dieses System, das sich als sozialistisch, als beispielgebend und Lehrmeister propagiert, hat wie nichts anderes in den letzten Jahrzehnten die sozialistische Idee diskreditiert.

Infolge des zutiefst demokratischen Gehaltes der sozialistischen Idee kann die neue Gesellschaft nicht ohne den Willen und die Zustimmung des Volkes erreicht werden. Die sowjetische Lehre, die jetzt wieder im Falle Portugals von der KPdSU verkündet und von ihrem getreuen Schüler Cunhal befolgt wird, wonach von einer kommunistischen Avantgarde (die die geschichtliche Wahrheit inkorporiert) die Macht ergriffen werden und erst danach das Volk von oben zum Sozialismus erzogen werden müsse, ist Ideologie einer Grossmacht, die ihren Einflussbereich auszudehnen bestrebt ist. Sie pervertiert und missbraucht die Idee des Sozialismus. Der Weg zur sozialistischen Gesellschaft kann nur mit der Zustimmung der Mehrheit beschritten werden. Der Kampf um Sozialismus ist ein Kampf innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft um Reformen, Veränderungen, die schliesslich die Schranken der kapitalistischen Gesellschaft überschreiten.

Die Schweiz ist ein kapitalistisches Land, ökonomisch unterscheidet sie sich nicht von allen anderen Industriestaaten der westlichen Welt. Ihr politischer Aufbau aber weicht in erheblichem Masse von der Struktur der anderen bürgerlich-demokratischen Nationen ab. Sie ist keine parlamentarische, sie ist direkte Demokratie. Die Stimmberechtigten haben nicht nur alle vier Jahre Parlamente zu wählen. Sie entscheiden im Bund über Verfassung, Gesetze und Sachfragen auf dem Wege des obligatorischen Verfassungs- und des fakultativen Gesetzesreferendums. Im Kanton Zürich ist das Volk Gesetzgeber, nicht der Kantonsrat. Infolge des Proportionalwahlsystems und der Volkswahl der Exekutive im Kanton gibt es keine Parteien- oder Koalitionsregierungen, so auch nicht im

Bunde. So kennen wir auch nicht das System der Regierungs- und Oppositionsparteien, die sich an der Macht je nach Ausgang der Wahlen ablösen. Die schweizerische Sozialdemokratie kann daher keine spezifische Oppositionspartei sein. Jedes Gesetz, jede Sachvorlage, jeder grössere Kredit ist nicht Erlass einer parlamentarischen Mehrheits- und Regierungspartei, sondern ist vom Volke zu beschliessen. Das Volk muss demnach für jede einzelne Massnahme, für jede bedeutende Forderung neu gewonnen werden. Daher müssen die Parteien, die wirksam sein wollen, Volksparteien sein. Die Durchsetzung sozialdemokratischer Postulate erfordert ungleich viel grössere Geduld und Hartnäckigkeit als in Ländern mit parlamentarischer Demokratie. Die Sozialdemokratie soll zwar die treibende Kraft zu verändernden Reformen sein, sie darf sich aber vom Bewusstseinsstand des Volkes nicht entfernen, sonst wird sie zur wirkungslosen Sekte. Ihre Sprache muss verstanden werden. Mit dem angelesenen Soziologen-Deutsch gewisser junger «Linker» werden sogar die Mitglieder sozialdemokratischer Parteisektionen aus den Versammlungen vertrieben.

Der Weg der schweizerischen Sozialdemokratie kann bei diesen Gegebenheiten nichts anderes sein als der Weg demokratischer Reform. Ziel ist demokratische Durchdringung aller Gebiete menschlicher Gesellschaft, insbesondere der Wirtschaft, die als kapitalistische Wirtschaft autoritär geführt und privat genutzt wird. Die Chance zur Verwirklichung sozialistischer Prinzipien liegt in der Dialektik der kapitalistischen Gesellschaft, die heute immer augenfälliger wird. Die Logik der Vergesellschaftung der Produktivkräfte, die im Widerspruch zur Logik des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des privaten Profits steht, zwingt in zunehmendem Masse zu Eingriffen, zu verändernden Reformen. Die tief verwurzelten demokratischen Traditionen des Schweizervolkes begünstigen die Verbreitung des Gedankens auf Mitbestimmung in der Wirtschaft. Diese Forderung ist für unser Land von fundamentaler Bedeutung. Während die betroffene Unternehmerschaft die Sprengkraft dieser Parole sehr gut begriffen hat und mit aller Energie dagegen ankämpft, diskreditieren sie gewisse junge «Linke» in und ausserhalb der SP in doktrinärer Blindheit mit scheinradikalem Räsonnement als Mittel zur Festigung des kapitalistischen Systems.

Der Leitgedanke der radikalen Demokratie, den sich die SP des Kantons Zürich im Jahre 1969 zu eigen gemacht hat, verpflichtet auf politischem Gebiet, gegen die gegenwärtig im Kanton und Bund auftretenden Versuche, die Volksrechte auf Initiative und Referendum einzuschränken, entschieden anzukämpfen. So gilt es auch in den Parlamenten immer wieder gegen das ständig wachsende Gewicht der Exekutive anzugehen. Für den Sozialdemokraten ist im übrigen das Parlament keineswegs blosse «Tribüne», von deren Podest zum Fenster hinaus zu den «Massen» gesprochen wird. Eine zielbewusste parlamentarische Arbeit der sozial-

demokratischen Fraktion vermag durchaus – Kompromisse sind dabei unvermeidlich – Vorlagen im Sinne sozialen Fortschritts zu gestalten und die Stimmberechtigten dafür zu gewinnen. Die angeblich «revolutionäre» Taktik, im Parlament den Gegner mit maximalistischen Forderungen zu «entlarven», ist sektiererisch und steril.

Zurzeit wird von der «Linken» ausserhalb der Sozialdemokratie sehr viel von der Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung gesprochen. In der Tat ist solche Einheit Voraussetzung für die Durchschlagskraft zur Verwirklichung grundlegender Reformen in Staat und Gesellschaft. Die Einheit der Arbeiterbewegung realisiert sich in brüderlicher und toleranter Zusammenarbeit zwischen der SP als der politischen Organisation der Arbeitnehmerschaft und den Gewerkschaften als Verfechter der ökonomischen und sozialen Interessen der Lohnabhängigen. Zusammenarbeit mit «linken» Splittergruppen ausserhalb der Sozialdemokratie trägt keineswegs zur Einheit bei. Sie fördert nur das politische Sektenwesen, das seit 1968 so überhand genommen hat. Sie erschöpft sich in irrealem wildem Wortradikalismus und begünstigt eine «revolutionäre Aktivität», die zum Nutzen der Gegner der Arbeiterbewegung ausschlägt.

Über solche und andere grundsätzliche Fragen in der Sozialdemokratischen Partei sich auseinanderzusetzen, wäre dringend erwünscht. Dabei wäre doch wohl zu erfahren, was die junge «Linke» eigentlich will.